

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Gesprächsanfrage

Datum: Tue, 7 Feb 2012 15:07:59 +0100

Von: Bodo Meinsen BFT <meinsen@freiheit-toleranz.de>

An: <frank-walter.steinmeier@bundestag.de>

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,
höflich und selbstbewusst genug suche ich auf diesem Weg den Kontakt zu Ihnen. Schauen wir einmal, ob es gelingt. Zunächst einmal eine kurze Vorstellung: Bodo Meinsen, Journalist und Verleger aus München, gebürtiger Lipper (Lage) und OWL nach wie vor sehr zugetan. Unsere Heimat verbindet also schon einmal. Als Vorsitzender des BFT e.V. Bürger für Freiheit und Toleranz (www.freiheit-toleranz.de) wechselte ich von der politischen Beobachterrolle in ein aktives gesellschaftspolitisches Engagement. BFT macht sich große Sorgen über die Entwicklung unserer Gesellschaft infolge von viel zu hastigen und oftmals nicht ausgereiften Entscheidungen, die stark in das Privatleben der Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Sichtbar wird dieses durch immer mehr Verbote, Überregulierungen und übertriebenen Forderungen von Randgruppen, die eigentlich Lobbyisten sind. Anlass für unser aktives Engagement bildete die unsägliche Diskussion über Rauchverbote in der Gastronomie. Eigentlich ein Randthema, welches aber zum Motor einer Anti-Tabak-Bewegung wurde. Über die Hintergründe könnte man lange debattieren, doch dieses ersparen wir uns hier.

Warum schreibe ich Ihnen und bitte um Kontaktaufnahme? Weil ich davon überzeugt bin, dass der Fraktionsvorsitzende der Volkspartei SPD zu den wenigen Politikern im Lande zählt, der aufgrund seiner Erfahrung im Umgang mit Mainstream und Halbwertzeiten von politischem ADHS, über bürgernahes Feingefühl verfügt. Und genau darüber würde ich mich gerne mit Ihnen unterhalten. Die aktuellen Diskussionen in Nordrhein-Westfalen hinsichtlich eines grünen Volkserziehungsprozesses (meint: Gesetzentwurf über die Verschärfung des Nichtraucherschutzgesetz nach bayerischem Vorbild) lassen auch BFT nicht unberührt. Gerne würden wir viel lieber über Bildung, Soziales und Zukunft unserer Kinder reden, aber der eingeleitete Weg zur Gesundheitshysterie vereinnahmt gleichermaßen alle Bereiche, denn sie stehen früher oder später in direktem Zusammenhang. Wir sehen somit in dem Satz "Wehret den Anfängen" eine ausreichende Begründung, uns intensiv mit der Problematik von überzogenen und wenig tauglichen Gesetzesvorhaben auseinander zu setzen. Ich bin mir sicher, dass Sie eine dezidierte Meinung dazu haben, die allerdings kaum in der Öffentlichkeit bekannt sein dürfte. Vielleicht ermuntern Sie ja meine Zeilen, bei einem Kaffee oder einem Glas Wein über unsere Bürgersorgen zu sprechen. Ich würde mich im Namen der BFT Mitglieder (sie reichen vom Architekten, über den Obergerichtsvollzieher, die erfolgreiche Roman- und Drehbuchautorin, den nunmehr arbeitslosen Ex-Gewerkschafter, bis zur verängstigten Bedienung in einer Kneipe) auf jeden Fall sehr freuen.

Bin sehr gespannt.

Mit besten Grüßen

Ihr

Bodo Meinsen

BFT e.V. Bürger für Freiheit und Toleranz

Chiemseering 11

85551 Kirchheim bei München

Telefon: 089-90529072

Telefax: 089-90529073

<http://www.freiheit-toleranz.de>



Lothar Binding
Mitglied des Deutschen Bundestages

Lothar Binding, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn
Bodo Meinsen
BFT e.V. Bürger für Freiheit und Toleranz
Chiemseering 11

85551 Kirchheim bei München

Berlin, 27.2.2012

Bezug:
Anlagen:

Lothar Binding, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 5.331
Telefon: +49 30 227-73144
Fax: +49 30 227-76435
lothar.binding@bundestag.de

Bürgerbüro Heidelberg/Weinheim:
Bergheimer Straße 88
69115 Heidelberg
Telefon: +49 6221-182928
Fax: +49 6221-616040
lothar.binding@wk.bundestag.de

Mitglied des Finanzausschusses

Stellvertretendes Mitglied des
Haushaltsausschusses

Freiheit der Bürger stärken: Schutz vor Passivrauch verbessern

Sehr geehrter Herr Meinsen,

vielen Dank für Ihre Mail an Herrn Dr. Steinmeier.

Sicher können Sie gut verstehen, dass Herr Steinmeier die übergroße Zahl eingehender Mails nicht selbst beantworten kann – ähnlich geht es ihm mit der großen Zahl hinsichtlich der Wünsche bzw. Vorschläge „... bei einem Kaffee oder einem Glas Wein über ... Bürgersorgen zu sprechen“. Den Widerspruch, dass er einerseits sehr gern alle Anfragen positiv beantworten möchte, aber andererseits gerade wegen der großen Zahl diesem Wunsch nicht nachkommen kann, lässt sich nicht aufheben. Dr. Frank-Walter Steinmeier bedauert dies sehr. Deshalb hat er mich gebeten, Ihnen zu antworten – wahrscheinlich weil er mich als Genießer einer guten Tasse Kaffee kennt und ich auch einem Wein oder einem Bier, einem guten Buch als Ergänzung zu einem Stück Kuchen oder einigen selbst gebackenen Keksen, last but not least einem guten Gespräch, aber auch ausgedehnten Fahrradurlaube nicht abgeneigt bin. Ich genieße gern – wen wollte das wundern? Und deshalb antworte ich Ihnen auch gern.

Sie schreiben: **„BFT macht sich große Sorgen über die Entwicklung unserer Gesellschaft infolge von viel zu hastigen und oftmals nicht ausgereiften Entscheidungen, die stark in das Privatleben der Bürgerinnen und Bürger eingreifen“.**

Das sehe ich teilweise auch so. Sie haben Recht und Unrecht zugleich: Viele Gesetze sind sehr gut überlegt und erfreuen sich großer Akzeptanz. Als Beispiel möchte ich neben den „großen Gesetzen“ die Gesetzgebung zu den Alcopop-Getränken nennen, unter Werbegesichtspunkten werden sie auch als Premixgetränke, Ready-to-Drink oder Designer Drinks vermarktet. Der Verkauf dieser Getränke an Jugendliche führte zu großen gesundheitlichen und gesellschaftlichen Problemen – Vergiftungen, psychische Belastungen,



soziale Ausgrenzung. Mit der Gesetzgebung hat sich hier Vieles gebessert – in Frankreich wurden die gleichen Erfahrungen gemacht.

Einzelne Gesetze jedoch sind tatsächlich eilfertig entstanden und wirken nun kontraproduktiv: als Beispiel möchte ich eine erst vor knapp zwei Jahren eingeführte Ausnahme im Mehrwertsteuersystem nennen. Im Volksmund kurz auch „Hotel- oder Mövenpick-Steuer“ genannt. Hier sind die Regierungskoalitionen Lobbyinteressen gefolgt, ohne das gesellschaftliche Ganze im Blick zu haben. Ähnliches gilt für eine Reihe wieder vergrößerter Steuerschlupflöcher.

Sie schreiben auch: **„Sichtbar wird dieses durch immer mehr Verbote, Überregulierungen und übertriebenen Forderungen von Randgruppen, die eigentlich Lobbyisten sind.“**

Diesen Satz unterschreibt sicher fast jeder und jede. Speziell die FDP hat jahrelang, jedenfalls von 1998 bis 2009, die vielen „Überregulierungen“ angeprangert. Nun in der Regierung, erleben die Koalitionsfraktionen, dass es nicht so einfach ist, die „Überregulierung“ abzuschaffen. Erst kürzlich ist der Versuch einer zweijährigen Steuererklärung gescheitert, weil unsere Welt eben komplexer ist, als sich mit dem ersten naiven Blick erschließt. Hoffentlich verzeihen Sie mir die Beispiele aus der Finanzpolitik, aber ich bin fachlich dort zu Hause. Aber Ihre Aussagen sind ja auf Allgemeingültigkeit angelegt und deshalb sind die zur Illustration gewählten Beispiele nicht so wichtig, es gäbe natürlich unzählige andere Beispiele.

Ihre Formulierung „übertriebenen Forderungen von Randgruppen, die eigentlich Lobbyisten sind“ ist nicht leicht zu reflektieren. Sie verwenden unbestimmte Rechtsbegriffe oder nicht messbare Bewertungen. Sicher kennen Sie das auch: Randgruppen sind immer gerade die Anderen. Nur selten halten wir unsere eigene Forderungen für übertrieben, etc. Wieder ein Beispiel: DEHOGA ist ein Verband, dem ca. 30 % der Betriebe aus dieser Branche angehören, also eine Minderheit. Wollen wir diesen Verband als Randgruppenverband bezeichnen? Würde dies gelten, wenn dort nur 10 % der Betriebe Mitglied wären? Ich denke, damit machten wir es uns zu einfach – deshalb wird der Wahrheitsgehalt Ihrer Aussage erst am Beispiel deutlich – und selbst dann müssten die subjektiven Maßstäbe noch vereinbart werden.

Sie schreiben weiter: **Anlass für unser aktives Engagement bildete die unsägliche Diskussion über Rauchverbote in der Gastronomie.**

Das verstehe ich gut. Es gibt stets Fanatiker, die sich rationalen Argumenten verschließen. Und es gibt auch Lobbyismus gepaart mit ökonomischen Interessen, der im Zweifelsfall über Leichen geht. Im



politischen Umfeld war die Diskussion im Regelfall aber nicht „unsäglich“, sondern auf die Suche nach einem gesellschaftlichen Kompromiss ausgerichtet, die auch die Wünsche von Minderheiten in den Blick nahm.

Sie führen weiter aus: **Eigentlich ein Randthema, welches aber zum Motor einer Anti-Tabak-Bewegung wurde.**

Hier muss ich Ihnen erstmals widersprechen. Abgesehen von den erwähnten Ausnahmen, gab es keine „Anti-Tabak-Bewegung“. Das hat zwar die Tabak- bzw. Zigarettenlobby stets versucht zu insinuieren, aber Forderungen eines Rauch- oder Tabakverbotes oder eines Produktionsverbotes von Zigaretten oder anderer Rauchwaren sind mir nicht bekannt. Gleichwohl gibt es einzelne Menschen, die verständlicherweise danach rufen: Wenn z.B. auf dem Balkon geraucht wird und der Rauch tagtäglich und jeden Abend und auch noch nachts in das Schlafzimmer der benachbarten Wohnung zieht... kommen schnell solche Totalverbotsgedanken auf. Oder wenn ein Raucher Zungenkrebs, Nasenkrebs oder Lungenkrebs hat, dann wünscht er sich, dieses Schicksal anderen zu ersparen und kommt ebenfalls schnell auf solche Gedanken. Insofern haben Sie Recht, es ist ein Randthema – das aber ganz plötzlich zum Lebensmittelpunkt wird, wenn die Diagnose Krebs im Raum steht; um nur dieses eine Beispiel der Folgen des Rauchens zu nennen.

Ich habe auch schon erlebt, dass dieses Thema für Menschen wichtig wird, die plötzlich realisieren, dass sie nicht die innere Freiheit haben, einfach mit dem Rauchen von Tabak oder anderen süchtig machenden Stoffen aufzuhören. Ihre Organisation trägt ja „Freiheit“ sogar im Namen. Deshalb verstehen Sie mich sicher sehr gut. Leider stehen aber Sucht und Abhängigkeit der Freiheit diametral entgegen. Dazu kommt häufig noch der „Selbsthass“ wie es einer meiner Freunde formulierte; jede Zigarette rauchte er wider seiner besseren Erkenntnis und nahm diesen Zustand als Schwäche und Unfreiheit wahr. In solchen Momenten gerät selbst ein Randthema in den Mittelpunkt. Dafür habe ich großes Verständnis.

Sie schreiben: **Über die Hintergründe könnte man lange debattieren, doch dieses ersparen wir uns hier.**

Das ist schade, denn die Frage, warum wir uns nicht schon viel früher mit den Gefahren des Rauchens beschäftigt haben, ist interessant. Eine Kurzantwort hängt mit der Werbung, mit Manipulation und natürlich mit extrem hohen Gewinnen in den Händen weniger zusammen. Sie finden dazu viele Informationen in den durch Gerichtsbeschluss erzwungenen Veröffentlichungen der Zigarettenindustrie über ihre Werbestrategien, wie z.B. Ridikülisierung, Verharmlosung oder Verwirrung etc. In der FAZ lasen Sie sicher kürzlich, dass allein eine



Zigarettenfirma eine Rendite von einer Milliarde Euro in 2011 erzielt hat, das entspricht einer Umsatzrendite von 50 % – bezahlt überwiegend von Menschen mit geringerem Einkommen. Sicher wissen Sie ja, dass Rauchen – stochastisch betrachtet – ein Zeichen von eher niedrigem Bildungsstand und Armut ist. In der Werbung sehen wir aber eher schöne und reiche aus dem Bildungsbürgertum... Mal abgesehen von den Marlboro Models der Philip Morris International, von denen inzwischen viele Menschen wissen, das sie im Alter von 48 bzw. 50 Jahren an Krebs gestorben sind. Vielleicht kreuzen sich unsere Wege einmal und wir können eines Tages solche Hintergründe doch einmal besprechen.

Sie schreiben: **Weil ich davon überzeugt bin, dass der Fraktionsvorsitzende der Volkspartei SPD zu den wenigen Politikern im Lande zählt, der aufgrund seiner Erfahrung im Umgang mit Mainstream und Halbwertzeiten von politischem ADHS, über bürgernahes Feingefühl verfügt.**

Hier stimme ich Ihnen zu, wenn ich Ihre Formulierung „Umgang mit Mainstream und Halbwertzeiten von politischem ADHS“ abziehe, denn Sie gehen hier mit jenen Menschen, die tatsächlich unter ADHS, also einer Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung, leiden, doch sehr leichtfertig um. Außerdem ist es oft von Vorteil von pauschalen Urteilen abzusehen. Wer gute Argumente hat, ist eigentlich auf überbordende Pauschalierung nicht angewiesen. Trotzdem haben Sie im Kern Recht: Frank-Walter Steinmeier verfügt über „bürgernahes Feingefühl“ – und Sie finden das insbesondere mit Blick auf seine Arbeit als Außenminister bestätigt. Damals hatten wir international eine hervorragende Reputation – und wurden in Europa geschätzt.

Sie schreiben weiter: **Die aktuellen Diskussionen in Nordrhein-Westfalen hinsichtlich eines grünen Volkserziehungsprozesses (meint: Gesetzentwurf über die Verschärfung des Nichtraucherschutzgesetz nach bayerischem Vorbild) lassen auch BFT nicht unberührt.**

Hier fällt es leicht, Ihre Aussage mit den oben so sensibel angesprochenen Themen zu verknüpfen. Ihr Verein trägt den Namen „Bürger für Freiheit und Toleranz“. Abgesehen davon, dass der Begriff „Volkserziehungsprozesses“ – von Ihnen bestimmt ungewollt – Assoziationen aus einer anderen Zeit möglich macht, treten Sie sicher auch für besseren Gesundheitsschutz ein. Gerade der Freiheitsbegriff kann sich exemplarisch im Verhältnis von Raucher und Nichtraucher erklären. Die Freiheit des einen hört dort auf, wo die Freiheit des anderen beginnt. Hier stoßen sozusagen die Freiheit karzinogenen Rauch zu verteilen und die Freiheit rauchfreie Luft atmen zu wollen aneinander. Diese Freiheitsrechte gleichgewichtig zu wahren, ist leicht möglich, indem der Rauch nicht dort verteilt wird, wo andere



Menschen im gleichen Raum sind oder sein wollen oder können. Andernfalls wäre ihre Freiheit sich überall dort aufzuhalten, wo sich auch Raucher aufhalten, eingeschränkt. Denn hinsichtlich der Freiheit geht es ja nicht um Rauch, sondern um Menschen. Die einfache Lösung: geraucht wird draußen. Und mehr wollen die Nichtrauchererschutzgesetze im Kern nicht regeln. Dabei ist die bayrische Gesetzgebung, Sie sprechen es selbst an, Vorbild. Vorbild auch deshalb, weil die Gesetzgebung eben nicht nur von Politikern beschlossen wurde, sondern mit überwältigender Mehrheit vom bayrischen Volk – und das, obwohl die Tabakindustrie ein Vielfaches an Werbemitteln dafür ausgegeben hat um die Verbesserung des Passivraucherschutzes zu verhindern, als die Initiative für die Nichtrauchererschutzgesetzgebung zur Verfügung hatte.

Sie schreiben noch: **Gerne würden wir viel lieber über Bildung, Soziales und Zukunft unserer Kinder reden, aber der eingeleitete Weg zur Gesundheitshysterie vereinnahmt gleichermaßen alle Bereiche, denn sie stehen früher oder später in direktem Zusammenhang.**

Es ist sehr gut, dass Sie viel lieber über die wichtigen Themen sprechen würden. Sie sollten das auch unbedingt angehen, denn damit erreichen Sie wirklich wichtige Themen. Die Frage, ob und wo geraucht werden kann ist, doch vergleichsweise unwichtig. Und deshalb kann doch „der Raucher“ eben draußen rauchen – und fertig. Drinnen wird dann über die wichtigen Dinge gesprochen, wenn der Raucher ohne Rauch wieder zurück ist... Ich denke, hier passt auch Ihr Begriff von Toleranz sehr gut. Wenn der Raucher für die wenigen Minuten die Gaststätte verlässt, zeigt das einfach seine Toleranz gegenüber jenen Menschen, die sich der zusätzlichen Krebsgefahr nicht aussetzen möchten.

Wenn wir davon absehen wollen, das irgendwie alles mit allem zusammen hängt, was in dieser Abstraktion trivial ist, verstehe ich Ihren Satz „der eingeleitete Weg zur Gesundheitshysterie vereinnahmt gleichermaßen alle Bereiche, denn sie stehen früher oder später in direktem Zusammenhang“ nicht und verzichte deshalb auf einen Kommentar.

Ihre Formulierung „**Wir sehen somit in dem Satz "Wehret den Anfängen" eine ausreichende Begründung...**“ möchte ich unterstützen. Deshalb ist es uns besonders wichtig Kinder und Jugendliche so gut es geht vor dem Rauchen zu schützen. Denn wir wissen ja zuverlässig, dass besonders lange raucht, wer früh damit anfängt, und dass nach der Jugendphase weniger Menschen mit dem Rauchen anfangen. Deshalb zielt ja auch die Werbung der Tabakindustrie vornehmlich auf junge Konsumentenschichten – und nimmt die erhöhten Krebsgefahren im späteren Leben der jungen Menschen in Kauf.



Sie schreiben weiter: „**uns intensiv mit der Problematik von überzogenen und wenig tauglichen Gesetzesvorhaben auseinander zu setzen**“. Auch hier haben Sie meine volle Unterstützung. Fast alle Politiker arbeiten für eine angemessene und taugliche Gesetzgebung. Leider ist dieses Ziel oft unerreichbar, weil die einfachen Lösungen aufgrund ihrer „Radikalität“ nicht sinnvoll oder nicht mehrheitsfähig sind. Nehmen wir als Beispiel den Passivraucherschutz. Die einfachste gesetzliche Regelung wäre ein Verbot des Rauchens. Der Maßstab wäre der Gesundheitsschutz und ein einfaches Gesetz – weil ohne Ausnahmen – wäre geboren. Da Raucher und Raucherinnen gesetzestreue Bürger sind, wäre damit den Rauchern und Nichtrauchern gleichermaßen geholfen. Die Raucher lebten gesünder und länger, hätten mehr Geld zur Verfügung, würden die Gefangenheit in ihrer Sucht überwinden, und die Nichtraucher wären vor den giftigen Rauchinhalten geschützt. Abgesehen davon müssten nicht allüberall Menschen die Kippen aufheben, die Raucher achtlos in die Gegend schnippen. Diese Form der Diskriminierung – zu erwarten, dass ein anderer Mensch meine abgesaugte Kippe aufhebt und versorgen muss – hätte ein Ende. Noch einen Schritt weiter gedacht: würden alle Raucher schon heute auf das Rauchen verzichten, das ganze Gesetz wäre verzichtbar. Einfacher geht es nicht.

Aber so einfach ist die Welt eben nicht an Einsichten zu orientieren. Deshalb entstehen komplizierte Gesetze, weil bestimmte Ausnahmen, z.B. Orte an denen geraucht werden darf, ermöglicht werden sollen. Also fangen Sie an sich zu überlegen, in welchen Räumen was erlaubt sein soll und ob es besonders klug ist jede Außentür mit einem karzinogen geschwängerten Rauchvorhang zu versehen oder ob es – wie in Japan – nicht besser wäre, die Raucher zu bitten nicht in unmittelbarer Nähe der Eingangstüren zu rauchen. Und schon gibt es rechtsförmlich große Probleme ein einfaches Gesetz zu schreiben. Deshalb wird es kompliziert.

Nun waren Sie von Ihrem allgemeinen politischen Ansatz und Anspruch über einen konkreten Anlass doch zu einer recht speziellen Fragestellung im Thema Passivraucherschutz und Gesundheit gekommen. Das verstehe ich recht gut, fällt es doch immer schwer seine Wurzeln zu leugnen. Und von "Bayern sagt NEIN!" als aggressive Lobbygruppe für das Rauchen bis zu "Bürger für Freiheit und Toleranz" ist es doch ein weiter Weg – insbesondere wenn man „Bürger“ im Namen führt und lernen musste, dass die große Zahl der bayrischen Bürger in einem Bürgerentscheid „Ja zu einem klaren Rauchverbot in Gaststätten“ sagt und den Gesundheitsschutz für wichtiger hält als die Suchtbedürfnisse der durch Werbung zum Rauchen Verführten.



Ich hoffe sehr, dass Sie spüren, wie ernst ich Ihre „Bürgersorgen“ nehme und wie gut wir uns austauschen können, wenn wir die starken Begriffe Bürger, Freiheit und Toleranz ernst nehmen.

Diesem Schreiben lege ich Ihnen, sozusagen von Autor zu Autor, ein Freiexemplar meines Buchs „Kalter Rauch“ bei.

Und nun werde ich bei frischer Luft einen Kaffee und ein Stückchen Kuchen genießen.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Binding

P.S.

Weil auch ich „Freiheit“ und „Toleranz“ sehr schätze, gebe ich dieses Schreiben allen Bürgerinnen und Bürgern auf meiner Website öffentlich zur Kenntnis.